

## Antrag 2022/II/Wis/1

### Jusos Hamburg

#### Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

#### **Lehrstellen statt Leerstellen – Uni ausfinanzieren, Stellen sichern, Studienqualität erhalten**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und  
2 die SPD-Senator:innen stellen sicher, dass die Hamburgische Hochschullandschaft ausreichend  
3 finanziert wird, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten wissenschaftspolitischen Ziele zu er-  
4 reichen. Die Hochschulen dürfen insbesondere nicht Opfer der Sparpolitik im Zuge der Corona-  
5 Pandemie werden.

6 • Das Kostendefizit der Hochschulen muss sofort gedeckt werden. Die finanziellen Mittel der  
7 Wissenschaftsbehörde müssen jährlich an die Inflationsrate und die Tarifsteigerungen ange-  
8 passt werden. In den vergangenen Jahren wurde das Budget jährlich um 0,88% gesteigert, ein  
9 Wert, der weit unter der jährlichen Inflationsrate von etwa 1,21% und der Tarifsteigerung von  
10 3,2% liegt. Diese sogenannte Kostenschere zwischen den realen Ausgaben der Hochschulen  
11 für die zwischen der BfWG und den Hochschulen vertraglich vereinbarten Leistungen auf der  
12 einen Seite und den von der BfWG zugewiesenen Mittel auf der anderen Seite wächst seit Jah-  
13 ren erheblich und summiert sich im Haushaltsjahr 2020 alleine auf etwa 22 Millionen Euro.  
14 Die Hochschulen stehen bereits heute vor kaum lösbaren finanziellen Herausforderungen und  
15 können abseits der Exzellenzcluster schwerlich qualitativ gute Lehre, Forschung und Bildung. •  
16 Die SPD Hamburg wirkt auf die BfGW und die zuständige Senatorin ein, die breit geäußerten  
17 Bedenken der Hochschulrektorenkonferenz Hamburgs, der Bildungsgewerkschaften und der  
18 studentischen Vertreter:innen bezüglich der prekären Finanzsituation der Hochschulen ernst  
19 zu nehmen. Vielmehr braucht es einen gleichberechtigten Dialog zwischen der Wissenschafts-  
20 behörde und allen betroffenen Statusgruppen der Hochschulen darüber, wie die Hochschulen  
21 den Anforderungen an gute Lehre, Forschung, Bildung – aber auch den Herausforderungen der  
22 Digitalisierung – genügen kann. In einem Nachtragshaushalt werden die Minderzuweisungen  
23 aufgrund der Corona-Pandemie ausgeglichen. Der Corona-Notfallhaushalt darf zu keiner nach-  
24 haltigen Schädigung der Hochschullandschaft führen.

#### 25 **Begründung**

26 Die im Wissenschaftshaushalt 2021 eingestellten Mittel untergraben die im Koalitionsvertrag  
27 festgelegten Ziele und Leistungsvorgaben an die Hamburgischen Hochschulen. Gute Wissen-  
28 schaft gibt es nur unter guten Arbeits- und Studienbedingungen. Bildung, Lehre und Forschung  
29 sind zentrale Zukunftsbereiche, die mit diesem Haushalt keine tragfähige Grundlage besitzen.

30 Die BfWG beruft sich mitunter öffentlich darauf, dass in den Haushalten entsprechende Bud-  
31 getsteigerungen von bis zu 2% vorgesehen sein. Deutlich ist dabei jedoch, dass die entsprechen-  
32 den Steigerungen de facto unzureichend sind, die öffentlichen Äußerungen der Wissenschafts-

33 senatorin (z.B. im Hamburger Abendblatt 03.11.2020) stellen somit einen eindeutigen Etiketten-  
34 schwindel dar. So standen in den vorangegangenen Jahren Budgetzuwächse von jährlich 0,88%  
35 (gemäß der Hochschulvereinbarung von 2013) den erfolgreichen und deutlich höheren Tarifab-  
36 schlüssen im Öffentlichen Dienst gegenüber, die damit zu einer ungedeckten Kostensteige-  
37 rung der Hamburger Hochschulen geführt hat. Allein in den letzten beiden Jahren waren die  
38 Tarifabschlüsse mit jeweils 3,2% deutlich höher. Die hieraus resultierende sog. „Kostenschere“  
39 beträgt für die Universität Hamburg zum derzeitigen Stand jährlich ca. 22 Mio. Die Universität  
40 Hamburg ging an ihre finanzielle Grenzen, indem sie die Kostenschere jahrelang aus eigenen  
41 Betriebsmitteln und Rücklagen kompensierte. Das geschah im Vertrauen in die Aussagen der  
42 BfWG, dass ab 2021 mit erheblichen Mittelenerhöhungen zu rechnen sei. Insgesamt laufen die von  
43 der BfWG und der Wissenschaftssenatorin als „Steigerungen“ titulierten Budgetvorstellungen  
44 auf weitere und empfindliche Kürzungen für den Wissenschaftsstandort Hamburg hinaus. Die  
45 Hochschulrektorenkonferenz Hamburg und die Bildungs-Gewerkschaften haben diesen Sach-  
46 verhalt bereits wiederholt und öffentlich kritisiert.

47 Gute Forschung und Lehre benötigen langfristige Planungssicherheit und eine adäquate Aus-  
48 stattung. Besonders verheerend zeigt sich u.E., dass die langfristige Planung der Universität  
49 Hamburg mit diesem Notfall-Haushalt verunmöglicht wird. Das bisherige Planungsverfahren  
50 berief sich auf deutliche Budgetsteigerungen in den kommenden Jahren, die nun im Zuge der  
51 Corona-Pandemie unilateral von der Behörde aufgekündigt wurden. Damit sind nun langfris-  
52 tige Zielvorgaben und die Personalentwicklung insgesamt bedroht. Erfolgreiche und zukunfts-  
53 trächliche Projekte wie das Universitätskolleg und ahoi.digital werden wahrscheinlich nicht  
54 fortgeführt werden können. Die bisherigen Zusagen der Behörde und der Freien und Hanse-  
55 stadt Hamburg wurden so kurzfristig ohne angemessene Perspektive abgesagt, langfristige  
56 Strukturentwicklungen sind nicht mehr möglich, nachhaltige Schäden durch absehbare Struk-  
57 turdefizite für die Universität und den Wissenschaftsstandort Hamburg insgesamt werden an-  
58 scheinend billigend in Kauf genommen. Am dramatischsten erscheint dabei, dass die Beibe-  
59 haltung des Status quo keineswegs unfinanzierbar ist. In Zeiten in denen Privatwirtschaftliche  
60 Unternehmen und Einzelpersonen in umfangreichem Maße von der staatlichen Absicherung in  
61 einer außergewöhnlichen Krise profitieren, wird in Hamburg dagegen zuallererst im Bildungs-  
62 und Wissenschaftsbereich eingespart. Derartige Zustände sind inakzeptabel und den Beschäf-  
63 tigten der Universität nicht vermittelbar. Die Haushaltsvorstellungen der BfWG stoßen hier auf  
64 ein ungewöhnlich breites und geschlossenes Unverständnis und deutliche Ablehnung über al-  
65 le Statusgruppen, also Professor\*innen, Akademisches Personal, TVP und Studierende hinweg.  
66 Wir fordern die SPD Hamburg daher dazu auf, die strukturelle Unterfinanzierung der Univer-  
67 sität zu beenden, sich für eine nachhaltige und solidarische Wissenschaftspolitik einzusetzen  
68 und Beschäftigten und Studierenden auch über die Pandemie hinaus langfristige und solide  
69 finanzielle und ideelle Unterstützung zu bieten.

70 Studienbedingungen:

71 Die Studienbedingungen sind durch die aktuellen Haushaltsvorstellungen der BfWG deutlich  
72 gefährdet. Einerseits wird die durch die Kürzungen erforderliche Personalumbau von

73 Qualifikations- und Professor\*innen- zu reinen Lehrstellen (sog. WimiLe) die an einigen Fakul-  
74 täten ohnehin bereits kritische Entkopplung von Forschung und Lehre weiter verschärfen. Per-  
75 spektivisch sehen sich durch den kürzungsbedingten Stellenabbau – der von der BfWG schein-  
76 bar billigend in Kauf genommen wird Um die seitens der BfWG gestellten Forderungen nach  
77 erhöhten Studienplatzzahlen zu erfüllen, muss die Universität den Schwerpunkt auf kosten-  
78 günstigere sog. Buchwissenschaften legen, zu Kosten der MIN-Fächer. Die Reform der Lehrer:in-  
79 nenbildung steht zum derzeitigen Stand auf der Kippe. Die Universität Hamburg ist die einzige  
80 Volluniversität der Stadt, eine Vielzahl essentieller und interdisziplinärer Studiengänge können  
81 nur hier studiert werden. Kürzungen in kostenintensiven oder kleinen Studiengängen wird dem  
82 Wissenschaftsstandort Hamburg langfristig Schaden zufügen.

83 Mit der bereits jetzt angekündigten Erhöhung der maximalen Teilnehmer:innenzahlen für Se-  
84 minare verschlechtert sich das an einigen Fakultäten bereits desolate Verhältnis von Lehren-  
85 den zu Studierenden weiter. Eine gute Betreuungssituation wird dadurch erschwert, individu-  
86 elle, tagesaktuelle und kritische Lehre als zentrale Elemente einer der Aufklärung verpflichteten  
87 Universität kaum noch möglich.

88 Als zentrales Problem erweist sich, dass auf der einen Seite die Leistungsvereinbarungen auf  
89 eine deutliche Steigerung der Studierendenzahlen abzielen, die hierfür erforderlichen zusätzli-  
90 chen Lehrmittel im Haushalt aber nicht vorgesehen sind. Die Universität soll damit mehr Studi-  
91 enplätze schaffen, die zugleich aber mit insgesamt reduzierten Mitteln betreut werden sollen.

92 Die bereits jetzt ausgeschöpften Lehrkapazitäten werden so insgesamt weiter reduziert, mit  
93 entsprechenden Konsequenzen für die Studierenden, aber auch die Mitarbeiter\*innen (s.u.).  
94 Begleitet wird Qualitätsminderung in der Lehre von hochschulpolitischen Fehlentscheidungen  
95 in Pandemiezeiten wie der Einführung von Gebühren für Eignungstests und unzureichenden  
96 Darlehen, die das Existenzminimum nicht decken können. Mit den bereits jetzt enorm hohen  
97 Lebensunterhaltungskosten wird Hamburg ein zunehmend unattraktiver Studienstandort.

#### 98 Arbeitsbedingungen

99 Da sich an der Universität Hamburg mitunter die einzige Möglichkeit zu Einsparungen auf Ebe-  
100 ne des Personals ergibt, werden die Haushaltsvorstellungen der BfWG hier zu erheblichen Ein-  
101 schnitten führen. Der Kanzler der Universität geht bereits jetzt davon aus, dass von 2022- 23 eine  
102 personelle Einsparung von 5-7% der Stellen erforderlich sein wird. Eine Vakanzhaltung von 3%  
103 der Stellen ist bereits ab dem Jahr 2022 erforderlich. Vor dem Hintergrund der bereits jahrzehn-  
104 telang verfolgten, verfehlten Sparpolitik erscheint dies besonders dramatisch.

105 Besonders problematisch erscheinen uns diese Konsequenzen zuallererst für Beschäftigte des  
106 akademischen Nachwuchses. Während Professor:innen nicht zuletzt aufgrund ihres Beamten-  
107 status einen weitgehend vor personellen Einschnitten geschützt sind, werden die Konsequen-  
108 zen mit großer Wahrscheinlichkeit überproportional die befristet beschäftigten wissenschaft-  
109 lichen Mitarbeiter:innen betreffen. Diese ohnehin bereits prekär (i.d.R. auf 3 Jahre) beschäftigte

110 Statusgruppe wird damit in doppelter Weise betroffen. Vor dem Hintergrund der außerordent-  
111 lich schlechten Bezahlung und der unsicheren Berufsperspektive sehen sich diese außerge-  
112 wöhnlich motivierten und engagierten Personen in doppelter Weise von der Coronapandemie  
113 eingeschränkt: Nicht nur fehlten im letzten Jahr und erwartbar auch im folgenden Jahr zahlrei-  
114 che Forschungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, nun fällt auch mit den Haushaltsplänen die  
115 berufliche Sicherheit für diese Statusgruppe. Zudem werden perspektivisch die forschungsstar-  
116 ken sog. Qualifikationsstellen (s. §28 HmbHG) mitgeringem Lehrdeputat zunehmend in reine  
117 Lehrstellen (sog. Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen in der Lehre) ohne eigenen Forschungs-  
118 anteil umgewandelt werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg zöge sich damit weiter aus  
119 der Finanzierung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zurück. Damit droht an  
120 der Universität Hamburg eine dramatische Entkopplung von Lehre und Forschung (siehe auch  
121 oben), indem rein drittmittelfinanzierten Stellen ohne eigene Lehrverpflichtung, reine Lehrstel-  
122 len ohne eigene Forschung gegenüberstehen würden.

123 Nicht nur wird eine solche Politik dem eigentlichen Motto der Universität („Der Lehre, der For-  
124 schung, der Bildung“) nicht gerecht, die Akquise von motiviertem und hochqualifiziertem wis-  
125 senschaftlichem Nachwuchs wird so weiter erschwert. Die hier bereits seit Jahrzehnten von  
126 Gewerkschaftsseite geforderten Nachbesserungen und Reformen (z.B. von Seiten der GEW im  
127 sog. Templiner Manifest) werden so nicht nur weiter ignoriert, sondern aktiv unterwandert.  
128 Die Sozialdemokratie droht hier ihre Glaubwürdigkeit in der Wissenschaftspolitik endgültig zu  
129 verlieren.

130 Professor:innen drohen mit dem aktuellen Haushalt ihre wenigen noch vorhandenen etatfi-  
131 nanzierten Mitarbeiterstellen zu verlieren, mit erwartbaren Mehrbelastungen auch für diese  
132 Statusgruppe. Vakanzhaltungen bei dieser Statusgruppe sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt  
133 aus ökonomischen Gründen erforderlich gewesen (sog. Berufungsstopp), mit mitunter drasti-  
134 schen Konsequenzen für Studierende und Kolleg:innen, die die resultierende Mehrarbeit un-  
135 entgeltlich auffangen mussten.

## 136 Forschung

137 Wie oben geschildert laufen, die im aktuellen Haushalt vorgesehenen Kürzungen auf einen  
138 empfindlichen Stellenabbau an der Universität Hamburg hinaus. Auch in Berufungsverfahren  
139 gestalten sich die Ausstattungsverhandlungen aus äußerst schwierig; der Wissenschaftsstand-  
140 ort Hamburg ist damit perspektivisch weder bundesweit noch international konkurrenzfähig.  
141 Hochqualifizierte Wissenschaftler:innen und wissenschaftlicher Nachwuchs können so kaum  
142 für die Freie und Hansestadt Hamburg gewonnen werden. Die erwartbaren Qualitätsverluste  
143 in der Lehre werden weiterhin erschweren engagierte und motivierte Studierende für eine  
144 akademische oder wissenschaftliche Laufbahn zu motivieren. Hochkarätige Spitzenforschung  
145 wird damit in Hamburg kaum mehr möglich sein. Besonders dramatisch daran ist weiterhin,  
146 dass diese Entwicklungen zu erwartbaren Verlusten im Hinblick auch auf Drittmittelakquise  
147 und die öffentliche Forschungsförderungen führen wird. So äußerte bereits jetzt der Kanzler  
148 der Universität, dass der Exzellenzstatus der Universität unter diesen Bedingungen nicht ver-  
149 teidigt werden kann. Damit verbunden ist nicht nur ein empfindlicher Renomméverlust der

150 Universität und auch der Freien und Hansestadt Hamburg insgesamt, sondern auch eine ent-  
151 sprechende Reduktion der drittmittelfinanzierten Forschungsstellen. Der Wissenschaftsstand-  
152 ort Hamburg droht sich damit in eine Abwärtsspirale zu begeben, die nicht im Sinne einer nach-  
153 haltigen Wissenschaftspolitik sein kann.